

# Protokoll

26. Sitzung vom 5. November 2012  
Seite 608

---

|                           |  |
|---------------------------|--|
| <b>Behörde</b>            | Gemeinderat  |
| <b>Traktanden</b>         | Siehe unten  |
| <b>Sitzungsdatum/Zeit</b> | Montag, 5. November 2012, 19.00 Uhr – 20.50  |
| <b>Sitzungsort</b>        | Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4   |
| <b>Teilnehmende</b>       | 33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel |
| <b>Entschuldigte</b>      | Tobias Mani (Privat), Albert A. Stahel (Beruf), Willy Rüegg (ab 18.20 anwesend)  |

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. Offene Ersatzwahl eines Abgeordneten/einer Abgeordneten (Ersatz) in den Zweckverband für Abfallverwertung Horgen für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
4. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
5. Weisung 22, vom 16. April 2012, betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS)
6. Interpellation von Kuno Spirig, BDP, und der SVP/BFPW-Fraktion, vom 4. Juli 2012, betreffend saubere Chilbi; Begründung
7. Interpellation von Beatrice Gmür, SP, vom 28. März 2012, überwiesen am 4. Juni 2012, betreffend Glasfasernetz; Beantwortung
8. Postulat von Adrian Stucki, GP, und Jonas Erni, SP, vom 3. September 2012, betreffend Werke-Einzelkonto "Beitrag an die politische Gemeinde" (Konto 3630.00); Begründung
9. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 19. September 2012, betreffend weiteres Vorgehen bei der Zentrumsplanung (Gerbestrasse und Umgebung sowie Poststrasse und Umgebung); Begründung
10. Interpellation, von Peter Schuppli und Astrid Furrer, FDP, Ivo Peyer, BFPW sowie Ivano Coduri und Erich Schärer, SVP, vom 22. Juni 2012, überwiesen am 9. Juli 2012, betreffend wie weiter nach Annahme der Kulturlandinitiative?; Beantwortung
11. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 5. Oktober 2012, betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt; Begründung

## 12. Einbürgerungen

- BERISHA Bajram, kosovarischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau Arbenita, geb. Jahiji, mazedonische Staatsangehörige und ihre Tochter Medina, kosovarische und mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Seestrasse 157a
- BLOM Louis Barend mit seiner Ehefrau Eunica Ronelle VENTER und den Kindern Nicola Ronelle BLOM und Lucas Louis BLOM, südafrikanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Untere Leihofstrasse 16
- KATTAN geb. Kattan, Randa, jordanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Holzmoosrütistrasse 46a
- KEKA Sabile, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, General-Werdmüller-Strasse 10
- PÉREZ PÉREZ Antonio, spanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Obere Leihofstrasse 26
- AHMETI Izet mit seiner Ehefrau Kymete, geb. Morina, und den Kindern Argetë, Arxhira, und Donart, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Walther-Hauser-Strasse 12
- SCHEIB Stefan Georg, mit seiner Ehefrau Iris Margareta, geb. Radau, und der Tochter Mirjam, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Gulmenstrasse 7

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmzähler Tobias Mani muss ein Tagesstimmzähler gewählt werden. Das Büro schlägt **Hanspeter Andreoli** vor. Der Vorschlag wird auf Anfrage nicht erweitert.

## 1. Mitteilungen

**Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann** macht den Rat auf den Flyer zur Aktion "Sauberheit" aufmerksam. Dieser wurde von Stadtrat Thomas Largiadèr verteilt.

Er müsse nun leider Peter Dolder aus dem Rat verabschieden. Er habe seinen Rücktritt per Ende Oktober 2012 erklärt. Er sei im Oktober 2003 in den Gemeinderat gewählt worden, also genau vor neun Jahre. Von 2004 bis 2005 sei er Mitglied der damals noch bestehenden bürgerlichen Abteilung des Gemeinderats gewesen. In den Jahren 2005 bis 2007 habe er die Vizepräsidien inne gehabt und im Jahr 2007 bis 2008 – als Höhepunkt seiner politischen Karriere – sei er Gemeinderatspräsident gewesen. Seit 2010 sei er Mitglied der Sachkommission.

Er überreicht Peter Dolder den Glasteller. Und dankt ihm ganz herzlich für das grosse Engagement für den Gemeinderat. Er wünscht ihm alles Gute für die gemeinderatslose Zeit.

**Peter Dolder, FDP**, wünscht weiterhin viel Vergnügen im Gemeinderat. Es stehen viele spannende Weisungen an, bei welchen er gerne selber mitgewirkt hätte. Er glaube aber, dass die Zeit nun reif sei um aufzuhören.

## 1.1 Eingänge

- Postulat der SP-Fraktion, vom 2. November 2012, betreffend Tempo 30 flächendeckend in Wädenswil und der Au
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion, vom 27. Juli 2012, betreffend Sachbeschädigung, Schmierereien, Littering
- Weisung 27, vom 22. Oktober 2012, betreffend Umbau/Neuerschliessung Theater Ticino: Änderung der Darlehenskonditionen und Investitionsbeitrag
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Peter Schuppli, FDP, vom 23. Juli 2012, betreffend Besetzung resp. Räumung des "Tesdaorf-Areals" am Seeweg
- Bericht und Antrag zur Weisung 22, vom 16. April 2012, betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS)
- Einladung zur GR-Sitzung vom 5. November 2012
- Beantwortung der Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Juli 2012, überwiesen am 3. September 2012, betreffend die Entwicklung der lokalen Landwirtschaft
- Schriftliche Anfrage von Jonas Erni, SP, vom 15. Oktober 2012, betreffend der Neugestaltung zentraler Grünflächen
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2012, betreffend vermehrte Geschwindigkeitskontrollen
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2012, betreffend Dämmungseinbrüche
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2012, betreffend Velotransporte im ZVV-Bus
- Voranschlag 2013
- Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 5. Oktober 2012, betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt
- Weisung 26, vom 1. Oktober 2012, betreffend Totalrevision der Polizeiverordnung
- Beantwortung der Interpellation, von Peter Schuppli und Astrid Furrer, FDP, Ivo Peyer, BFPW sowie Ivano Coduri und Erich Schärer, SVP, vom 22. Juni 2012, überwiesen am 9. Juli 2012, betreffend wie weiter nach Annahme der Kulturlandinitiative?
- Schriftliche Anfrage von Albert A. Stahel, GLP; vom 28. September 2012, betreffend Strandbad Rietliu
- Interpellation der CVP-Fraktion, vom 19. September 2012, betreffend weiteres Vorgehen bei der Zentrumsplanung (Gerbestrasse und Umgebung sowie Poststrasse und Umgebung)
- Schriftliche Anfrage der SP-Fraktion, vom 17. September 2012, betreffend Bike & Ride
- Beantwortung der Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Mai 2012, überwiesen am 4. Juni 2012, betreffend Einrichtung einer Maturitätsschule
- Weisung 25 vom 3. September 2012 betreffend Betriebsbeitrag an die Stiftung grow
- Postulat von Jonas Erni, SP und Adrian Stucki, GP vom 3. September 2012, betreffend Werke-Einzelkonto "Beitrag an die politische Gemeinde"

## 1.2 Überweisungen

Die Weisung 26, vom 1. Oktober 2012, betreffend Totalrevision der Polizeiverordnung wurde zur Vorberatung an die Sachkommission überwiesen.

16.04.43

### 2. **Offene Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

Die einstimmige IFK schlägt Christian Nufer, FDP, vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als **Mitglied der Raumplanungskommission** gewählt erklärt:

**Christian Nufer, FDP**

34.00

### 3. **Offene Ersatzwahl eines Abgeordneten/einer Abgeordneten (Ersatz) in den Zweckverband für Abfallverwertung Horgen für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

Die einstimmige IFK schlägt Christian Nufer, FDP, vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als **Abgeordneter (Ersatz) in den Zweckverband für Abfallverwertung Horgen** gewählt erklärt:

**Christian Nufer, FDP**

16.04.42

### 4. **Offene Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

Die einstimmige IFK schlägt Thomas Koch, FDP, vor. Er wird ohne Erweiterung und Auszählung als **Mitglied der Sachkommission** gewählt erklärt:

**Thomas Koch, FDP**

35.05

**5. Weisung 22, vom 16. April 2012, betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS)**

**Eintretensdebatte:**

**Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, SVP**, sagt, in der vorliegenden Weisung 22 gehe es – wie könne es denn anders sein – um einen Kredit bzw. um eine Krediterhöhung. Der Stadtrat beantrage, den Kredit zur Jugendförderung an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS) von jetzt Fr. 100'000.-- auf Fr. 180'000.-- jährlich zu erhöhen. Damit lege der Stadtrat ein klares Bekenntnis ab zum Wädenswiler Sport im Allgemeinen und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Besonderen.

Die IWS sei 1978 gegründet worden. Ihre Mitglieder seien Sportvereine; gegenwärtig 39, davon 11 sogenannte assoziierte Vereine wie beispielsweise Schulen. Sie vertrete ca. 1'700 Jugendliche und gegen 1'000 erwachsene Sportler. Die IWS bezwecke – sie zitiere die Worte gemäss Statuten (Art 1.2): „Die Ausübung der sportlichen Tätigkeit in der Stadt Wädenswil zu fördern und für die Verbreitung der Idee des Sports als Erziehungsmittel und Freizeitbeschäftigung im Interesse der Volksgesundheit zu sorgen.“ Die IWS sei also Bindeglied zwischen den Mitgliedervereinen einerseits und der Stadt andererseits. Ihr Aufgabenkreis sei vielfältig, neben dem Grundsatz der Förderung des Breitensports ganz konkret:

- Die Koordination des ausserschulischen Sportbetriebs, einschliesslich Hallenkoordination und Hallenkontrollen;
- Die treuhänderische Verteilung von Beiträgen und Zuwendungen an die einzelnen Mitgliedervereine;
- Die Organisation der Sportlerehrung und die Mitorganisation von anderen öffentlichen Grossanlässen wie Dorffeste oder beispielsweise die Seeüberquerung;
- Die Vermietung des Sportbusses.

Die IWS werde seit ihrer Gründung unter anderem für die Jugendförderung – und nur um diese gehe es vorliegend – von der Stadt jährlich finanziell unterstützt. 1979 – also vor über 30 Jahren – mit Fr. 10'000.--. Seither seien diese Beiträge in unregelmässigen Intervallen aufgestockt worden, zunächst auf Fr. 10'000.--, seit 1990 um Fr. 20'000.--. Seit 2004 – also immerhin seit 8 Jahren – liegen sie unverändert bei Fr. 100'000.-- pro Jahr. Seither habe sich einiges getan; die Kosten der Vereine allein für die Jugendförderung seien markant angestiegen, ebenso die Anzahl junger Sportler. Eine weitere Erhöhung des Jugendförderkredits stehe deshalb zur Debatte.

Zu diesem Zweck habe die IWS als Basis anhand einer Umfrage bei ihren Mitgliedervereinen eine Lageanalyse zur Kostenentwicklung in der Juniorenarbeit für die Zeit von 2003 bis 2008 ausgearbeitet und im Sommer 2009 publiziert. Die einschlägigen Ergebnisse lassen sich folgendermassen zusammenfassen, wobei sie für die absoluten Zahlen auf den schriftlichen Bericht der Sachkommission verweise:

- die Anzahl jugendlicher Sportler haben um ca. 45% zugenommen – Tendenz steigend;

- Die Durchschnittskosten pro Verein für die Jugendarbeit seien um ca. 51% gestiegen, die Ausgabenüberschüsse sogar um 146%;
- Die Vereine versuchen, die Mehrkosten für die Jugendlichen durch Erhöhung der Erwachsenenbeiträge zu kompensieren;
- Hauptgründe für den erheblichen Kostenanstieg seien höhere Verbandsabgaben und anspruchsvollere Standards für die Trainer;
- Für 2011 seien 85'000 Trainingseinheiten errechnet worden; das entspreche 327 trainierenden Jugendlichen pro Arbeitstag – Tendenz steigend
- Schliesslich noch ein Wort zum Verteilungsschlüssel der IWS: Kriterien für einen Verein seien die Anzahl Jugendlicher von 7 bis 19 Jahren sowie die Anzahl Trainingseinheiten jährlich.

Auf dieser Basis und nach Analyse der präsentierten Ergebnisse habe sich der Stadtrat schliesslich für eine Heraufsetzung des Jugendförderkredits an die IWS auf Fr. 180'000.-- pro Jahr entschieden.

Die Sachkommission habe sich in mehreren Sitzungen eingehend mit der Weisung 22 auseinandergesetzt und den Ansprechern dabei auch viele kritische und hartnäckige Fragen unterbreitet, welche in sehr verdankenswerter Weise gewissenhaft beantwortet worden seien. Die Sachkommission sei sich rasch einig gewesen, dass überhaupt eine Erhöhung des Jugendförderbeitrags unter den gegebenen Entwicklungen der letzten 8 Jahren angezeigt sei. Die IWS habe zweifellos eine wichtige Funktion in der Gesellschaft der Stadt. Diese gehe weit über die sportliche Tätigkeit hinaus und habe auch gesundheitsfördernde Wirkung. Hinzu komme der wichtige soziale und integrative Aspekt: Gerade Jugendliche, die Sport treiben und in Vereinen Verantwortung übernehmen, hängen nicht "Junk-Food-konsumierend" auf der Strasse herum. Auch das Engagement der IWS an gesellschaftlichen Anlässen, wie etwa der Chilbi, geniesse volle Wertschätzung der Sachkommission. Die Geister scheiden sich allerdings am zahlenmässigen Betrag dieser Krediterhöhung.

Die überwiegende Kommissionsmehrheit unterstütze den stadträtlichen Antrag und plädiere für eine Erhöhung auf Fr. 180'000.-- jährlich. Sie sei der Ansicht, dass möglichst alle Jugendlichen die Gelegenheit haben müssen in einem Verein Sport treiben zu können, unabhängig von der Finanzkraft der Eltern. Dazu dürfe aber die Quersubventionierung durch die Erwachsenenbeiträge nicht forciert werden. Sparanstrengungen seitens der öffentlichen Hand seien hier deshalb nicht opportun. Demgegenüber plädiere eine Kommissionsminderheit für eine Erhöhung des IWS-Jugendförderkredits auf lediglich Fr. 150'000.--. Sie überlasse es dem Referenten dieser Minderheit, dies ausführlich zu begründen.

Sie komme zu den Anträgen:

- A. Die einstimmige Sachkommission beantrage Eintreten auf Weisung 22.
- B. Die überwiegende Mehrheit der Sachkommission stimme dem Antrag des Stadtrats zu, nämlich:
  1. Es sei der jährliche Jugendförderbeitrag ab Jahr 2013 auf 180'000.-- zu erhöhen.
  2. Der Stadtrat werde mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

3. Dieser Beschluss unterstehe dem fakultativen Referendum.

Im Namen der einstimmigen SVP-Fraktion beantrage sie Eintreten auf die Weisung 22.

Sie schliesse ihre Ausführungen mit einer kritischen und einer positiven Bemerkung; die kritische zuerst: In wohl gutgemeinter Transparenzabsicht habe der Stadtrat auf Seite 4 der Weisung einen städtischen Beitrag an die IWS für die Hallenkoordination ins Spiel gebracht, was dann zu unnötiger Verwirrung geführt habe, da diese Hallenkoordination mit dem Jugendförderbeitrag nichts zu tun habe. Positiv vermerken möchte sie schliesslich die bemerkenswert konstruktive Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der IWS, Roland Gut. Dafür seien sie natürlich dankbar und froh, denn vollständige Informationen und aufschlussreiche Auskünfte auf ihre Fragen sind das A und O für eine fundierte Beschlussfassung. Im Namen der Sachkommission danke sie daher Roland Gut und ebenso Stadtrat Thomas Largiadèr und Andreas Ledermann, Leiter Sicherheit und Gesundheit.

**Rita Hug, GP**, teilt mit, dass man es in der Sachkommission oft mit Bittsteller zu tun habe. Nicht immer sei es von Anfang an klar, warum und wofür das Geld gesprochen werden sollte. Das Anliegen der IWS, den Jugendförderbeitrag zu erhöhen, sei aber so präsentiert worden, dass bei ihr keine Zweifel an deren Notwendigkeit und Richtigkeit aufgekommen seien. Das Begehren beruhe auf klaren Fakten und sei nachvollziehbar und ausgewiesen.

Die IWS habe einen Bericht zur Vereinsentwicklung 2003 bis 2008 geschrieben und sei zum Schluss gekommen, dass sich die Kosten für die Vereine für die Jugendarbeit vervielfacht haben. Mit der Zunahme der Studenten der Hochschule werde die Nachfrage nach Sportaktivitäten zusätzlich grösser. Die IWS sei darum mit einem Antrag an die Stadt über einen Jugendförderbeitrag von Fr. 250'000.-- gelangt. Der Stadtrat habe den ausgewiesenen Betrag auf Fr. 180'000.-- reduziert. Somit sei der beantragte Betrag bereits um Fr. 70'000.-- gekürzt worden. Im Fraktionsbericht vom Samstag in der Zürichsee Zeitung habe man lesen können, dass die SVP den Betrag sogar noch mehr kürzen möchte und zwar auf Fr. 150'000.--, mit der Begründung, dass ausserschulische Sportförderung auch nicht zur Kernaufgabe der öffentlichen Hand gehöre, sondern primär eine Aufgabe der Eltern sei. Also mit anderen Worten, wer es sich leisten könne, dürfe seine Kinder zum Sport schicken. Was soll mit den anderen passieren? Nachdem sich der Rat erst kürzlich über das Verhalten von Jugendlichen in der Freizeit so eingehend auseinandergesetzt habe, sei für sie eine solche Aussage absolut unverständlich. In der Weisung betreffend "sip" habe man oft darüber diskutiert, wie wichtig eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Jugendliche sei. Habe man das alles bereits vergessen? Sie möchte den Rat auch gerne an das im Jahr 2011 durchgeführte kantonale Turnfest erinnern. Waren es nicht vor allem Angehörige von Vereinen, die stundenlang mitgeholfen haben und das Fest zum Erfolg gebracht haben? Jugendliche die in einem Verein integriert seien, seien die Veranstalter von morgen. Denke der Rat wirklich, wenn sich nur noch die Oberschicht eine Vereinsmitgliedschaft leisten könne, dass ein solches Fest wieder zustande kommen könnte? Unglaublich auch, dass die GLP in ihrem Fraktionsbericht vom Samstag den Vereinen unterstelle, sie würden unter dem Deckmantel der Jugendförderung subventionieren. Denke man wirklich, die Vereinsverantwortlichen hätten Zeit, sich einem Wettbewerb um Geld zu stellen? Sie müssen sich um die Aus-

bildung von Trainern kümmern, Fördermassnahmen für Jugendliche entwickeln und attraktive Anlässe organisieren.

Die IWS sei mit ihren vielen Koordinationsaufgaben ein wichtiger Partner der Vereine. Aber auch für die Stadt sei sie wichtig und nicht mehr wegzudenken. Wenn Wädenswil einen Sportkoordinator einstellen müsste, was bei der Grösse von Wädenswil durchaus denkbar wäre, würde das viel teurer zu stehen kommen.

Der ganze Lobgesang vom Rat nütze der IWS und den Wädenswiler Vereine gar nichts, wenn man heute Abend nicht die benötigte Unterstützung spreche. Es sei ein Beitrag an die Gesundheitsförderung und an die Standortentwicklung von Wädenswil. Somit könne sie die volle Unterstützung der Grünen Fraktion für die Weisung aussprechen.

**Hanspeter Andreoli, BFPW**, führt aus, dass Sport unbestritten gesund sei und die Lebensqualität jedes Einzelnen fördere. Dass der Sport sehr vielseitig sei, zeige sich unter anderem an der grossen Anzahl verschiedener Sportvereine in Wädenswil. Diese Vereine investieren viel Zeit und Geld in die Jugendförderung, was nicht zuletzt sicher auch im Eigeninteresse sei, da nur eine starke Jugendabteilung das Fortbestehen eines solchen Sportvereins sicherstelle. Die Kosten für solche Jugendabteilungen seien zweifellos in den letzten Jahren gestiegen, sei dies nun weil der Zuwachs an Jugendlichen gestiegen sei oder weil die Anforderungen an die Trainer für ihre Ausbildungen gewachsen seien. Dass die öffentliche Hand solche Sportvereine unterstütze, sei im Grundsatz sicher richtig. Nun gebe es aber hinsichtlich der Art und Weise der Subventionen Spielraum, vor allem wenn man die notwendigen Infrastrukturen der verschiedenen Sportvereine in Betracht ziehe. Sei die Infrastruktur für den Fussballclub, wo eine Mitbenutzung durch andere Benutzer doch eher im bescheidenen Rahmen sei, nicht wesentlich höher als beim Tischtennisclub oder Handballclub, welche eine Turnhalle brauchen, die etliche andere Vereine mitbenutzen? Auch der Segelclub komme mit einer kleineren Infrastruktur als der Tennisclub aus. Zu all diesen Betrachtungen komme die Frage hinzu, welcher Sportverein wie viel an die für ihn gebrachte Infrastruktur mitfinanzieren müsse und wie viel die öffentliche Hand beisteuere? Beziehe man nun alle Faktoren für eine Entscheidung bezüglich der Erhöhung des Jugendförderbeitrags in Betracht, fiel es ihnen im BFPW nicht leicht, der vom Stadtrat beantragten Erhöhung um doch 80% zuzustimmen. Wenn man bedenke, dass der Zuwachs der Anzahl Jugendlichen in den letzten Jahren bei 45% lag und die zusätzlichen Kosten für die Jugendarbeit im selben Zeitraum um gut 50% anstieg.

Ein weiterer nicht vernachlässigbarer Aspekt sei die in der Weisung 22 erwähnten jährlichen und vom Stadtrat bereits bewilligten Zuwendungen von Fr. 20'000.-- für die Hallenkoordination. Es sei schon klar, dass diese Fr. 20'000.-- nicht direkt der Jugendförderung zukomme. Lese man dann aber noch das Budget der Stadt Wädenswil für das Jahr 2013 genau, stosse man noch auf jährliche Subventionen von Fr. 13'000.-- für die Sportlerehrungen, welche ebenfalls vom IWS organisiert und veranstaltet werde. Zähle man nun alles zusammen, so subventioniere die öffentliche Hand sprich der Steuerzahler die IWS mit jährlich Fr. 213'000.-- und dies sei eine Tatsache, welche man nicht wegdiskutieren könne. Nach Angaben der IWS werde für die Hallenkoordination aber lediglich Fr. 4'000.-- pro Jahr benötigt.



Aus diesem Grund werde sich das Forum in der Budgetdebatte 2013 dafür einsetzen, dass der Betrag von Fr. 20'000.-- auf Fr. 4'000.-- reduziert werde.

Unter diesem Aspekt sei das BFPW grossmehrheitlich für Eintreten und Zustimmung der Weisung 22 gemäss Bericht und Antrag der Sachkommission.

**Andreas Gut, CVP**, teilt mit, dass die CVP für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 22 sei. Im Wissen darum, dass mit dieser Weisung der Förderbeitrag der IWS beträchtlich erhöht werde und dem gegenüber die finanzielle Ressourcen der Stadt – sei allen bekannt – nicht von einem ewig sprudelnden Füllhorn gespiesen werden. Sie haben sich im Hinblick auf möglicherweise folgende Investitionen in Sportplatzinfrastruktur ganz genau überlegt, was eine solche Erhöhung rechtfertigen würde. Für sie seien das im Speziellen die nachfolgenden Gründe, die er grösstenteils aus eigener Erfahrung als Trainer in einem Sportverein leider bestätigen müsse: Bei den kantonalen wie auch nationalen Verbände seien in den vergangenen Jahren die Beiträge, die Vereine zahlen müssen, zum Teil massiv gestiegen. Dies habe teils organisatorische, teils infrastrukturelle Gründe, manchmal fliesse dieses Geld aber einfach nach oben in die "Teppich-Etage". Es sei grundsätzlich nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, solche Subventionen zu tätigen. Er persönlich finde dies durchaus auch ärgerlich und könne insofern die Kritik an einer solchen Erhöhung ein bisschen nachvollziehen. Letztendlich gehe es aber um die Wädenswiler Kinder und die lokalen Vereine, welche dann gestraft werden. Die Vereine, welche bereits unter zunehmend schwererer Juniorenarbeit leiden und hier spreche er von laufend steigenden Anforderungen an Trainerausbildungen durch die IWS sowie der bekannten Tatsache, dass es grundsätzlich immer schwieriger werde für ehrenamtliche Tätigkeiten Leute zu finden. Die Folge davon wäre sinkende Qualität, sinkende Anzahl von Trainingsangeboten, längere Wartelisten oder Mitgliederbeitragserhöhungen, welche speziell Familien mit mehrere Kindern und nicht grossem Einkommen teilweise erheblich treffen.

Sie seien überzeugt, dass die Sportvereine einen äusserst wertvollen Beitrag leisten, gerade im Bereich Gesundheitsförderung, Integration und Gewaltprävention. Beim Letzteren werde mit Sport oft mehr bewirkt, als mit teureren Kampagnen. Da den, notabene sehr wertvollen, schulischen Sportaktivitäten ebenfalls finanzielle Grenzen gesetzt seien, erbringen die Vereine unter dem Strich eine günstige Zusatzleistung, welche bei der CVP die diskutierte Beitragserhöhung als gerechtfertigt erscheinen lasse.

Mit den erhaltenen Informationen können sie den Grund der Fr. 20'000.-- für die Hallenkoordination nur schwer nachvollziehen. Ihrer Meinung nach gelte es diesen Beitrag genau zu prüfen, ob und wie dieser Betrag verwendet werde und oder ob es für die Hallenkoordination nicht eine andere Lösung gäbe, die allenfalls nochmals durchdacht und diskutiert werden müsse.

**Willy Rüegg, SP**, führt aus, dass die sachlichen Gründe von der Präsidentin der Sachkommission bereits dargelegt wurden. Die SP-Fraktion habe eher die politische Einschätzung gemacht und unterstützt die Weisung 22 gemäss Antrag des Stadtrats. Es handle sich um eine richtige und massvolle Erhöhung des Jugendförderbeitrags der Stadt zugunsten der

Sportvereine. Es gehe um einen Unterstützungsbeitrag der Öffentlichkeit an die Vereine, welche sich in grosser und verdankenswerter Arbeit um die Jugend kümmern. Man denke an die viele Zeit, die dafür eingesetzt werden müsse oder an die vielen Mittel. Eine solche freiwillige Initiative sollte man unbedingt unterstützen, umso mehr, wenn sie den Jungen zu Gute komme. Wie bereits mehrmals erwähnt, Eltern werden und Eltern sein, sei heute schwieriger denn je. Und auch die Beiträge die die Eltern an das sportliche Engagement ihrer Kinder leisten müssen, sei nicht vernachlässigbar, wenn man mehr als ein Kind habe. Das Engagement der Vereine komme schliesslich der ganzen Gesellschaft zu Gute und die SP-Fraktion danke an dieser Stelle allen ganz herzlich, die sich in der Freiwilligenarbeit engagieren. In diesem Sinne sei die SP für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 22.

**Thomas Koch, FDP**, sagt, dass es kaum im Grundsatz bestritten sei, dass Investitionen in die Jugendförderung im Bereich Sport gut investiertes Geld sei.

Sport stelle eine sinnvolle Freizeitgestaltung dar, er schule Persönlichkeit und den Charakter, fördere die Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden. Investitionen in den Jugendsport zahlen sich aus, nicht zuletzt deshalb, weil auch Folgekosten wegfallen, die entstehen können, wenn Jugendliche mit ihrer Freizeit nichts Sinnvolles anzufangen wissen. Ein breites und vielfältiges Sportangebot trage aber auch direkt zur Attraktivität von Wädenswil als Wohnort bei. Auch unter diesem Aspekt müsse – so die Meinung der FDP-Fraktion – dem Antrag des Stadtrats, den Jugendförderbeitrag an die IWS an die ansteigenden Kosten anzupassen, gefolgt werden.

Nicht zufrieden sei die FDP-Fraktion aber, dass der Antrag des Stadtrats ohne grösseren Kontext daher komme: Ein Kontext, der für eine sorgfältige Entscheidungsfindung eigentlich notwendig wäre. Sie hätten sich eine Gesamtschau gewünscht. Eine Gesamtschau, die die ganze Palette der Jugend- und Vereinsförderung im Allgemeinen, und von Beiträgen an die Sportvereine im Besonderen aufzeige. Eine Gesamtschau, die aufzeige, welche Sportvereine unterstützt werden sollen und warum, welche Vereine nicht von einer Unterstützung der öffentlichen Hand profitieren sollen und warum nicht, welche Vereinen ihren Finanzbedarf nicht durch eigene Massnahmen decken können und warum nicht. Sie würden aber auch gerne wissen wollen, ob der IWS die Vereine, die unterstützt werden sollen, auch berate, wie sie ihren finanziellen Aufwandüberschuss selbständig in den Griff bekommen. Und ob die IWS auch verlange, dass jeder Verein zuerst seine eigenen Möglichkeiten voll ausschöpfe, bevor eine Unterstützung durch die IWS greife.

Alles Fragen, die der Stadtrat eigentlich hätte beantworten sollen. Eine solche Gesamtschau, die sie vermissen, hätte auch gezeigt, ob man im Rahmen des Gesamtkonzepts noch weitere Förderbeiträge an andere Organisationen und Vereine in der Zukunft erwarten müssen. Sie wollen wissen, ob man ausschliessen könne, dass der Beitrag an die IWS sogar Begehrlichkeiten von anderen Organisationen und Vereinen wecke, ihrerseits eine öffentliche Unterstützung anzumelden. Hier liegen die Bedenken der FDP-Fraktion. Man könne schlicht nicht abschätzen, ob der Förderbeitrag an die IWS ein Präjudiz für weitere, zukünftige Förderbeiträge an andere Vereine darstelle. Die Antwort des Stadtrats auf diese Bedenken befriedigend sei leider nicht. Der Stadtrat bestätige zwar, dass die Frage nach einer präjudizierenden Wirkung vom IWS-Förderbeitrag gerechtfertigt sei und er sich

hierzu Gedanken gemacht habe. Er sage aber, dass er darauf vertraue, dass der IWS-Beitrag keine Begehrlichkeiten bei anderen Organisationen hervorrufe. Selbstverständlich könne der Stadtrat nicht in die Zukunft schauen. Aber eine rechtzeitig definierte Strategie betreffend Jugend- und Vereinsförderung würde immerhin ermöglichen, die zukünftigen Begehren um finanzielle Unterstützung zu steuern und zukünftige Unterstützungsanträge mithilfe des – eben fehlenden Gesamtkonzepts – verlässlich und vorhersehbar einzuordnen und zu behandeln.

Die FDP-Fraktion möchte die an sich ausgewiesene Jugendsportförderung an diesen Bedenken aber nicht scheitern lassen. Die FDP-Fraktion unterstütze deshalb den Antrag des Stadtrats gemäss Weisung 22. Die FDP will dabei aber festgehalten haben, dass der jetzige IWS-Beitrag nach Aussage des Stadtrats keine präjudizierende Wirkung auf ähnliche Unterstützungsgesuche von anderen Organisationen und Vereinen habe.

In Bezug auf die bereits angesprochenen Fr. 20'000.-- für die Hallenkoordination – was nicht Gegenstand der Weisung sei, aber mit ihr zusammenhänge – haben sie so verstanden, dass die IWS diesen Betrag in dieser Höhe aus unterschiedlichen Gründen gar nicht abrufe, sondern es beim bisherigen Betrag von Fr. 4'000.-- belassen wolle. Dass der gar nicht erwünschte Betrag von Fr. 20'000.-- dennoch ins Budget aufgenommen wurde, erstaune, was dann aber in der Budgetdebatte zu diskutieren sei.

**Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Thomas Largiadèr**, bedankt sich bei der Sachkommission für den grossen Einsatz und die gute und speditive Verarbeitung und speziell der Präsidentin für den gut ausgearbeiteten Bericht, der die ganze Sachlage sehr gut auf den Punkt gebracht habe.

Die Sportvereine leisten einen immensen Beitrag zugunsten der Jugend, investieren immens viel und dank immens grossem Engagement von vielen Leuten in all diesen Sportvereinen sei es überhaupt möglich. Es gehe um Gesundheitsprävention bis hin zur sozialen Integration, weil es zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung der Jugend beitrage. An dieser Stelle möchte er im Namen von Allen einen Dank an all die Menschen sprechen, die sich tagtäglich dafür Zeit nehmen, es sei nämlich nicht selbstverständlich.

All diese Vereine brauchen bis zu einem gewissen Grad – auch wenn sie fast alles eigenständig stämmen können – eine Unterstützung. In der Zeit von 2003 bis 2008 haben sich die Gesamtausgaben für die Jugendförderung der Sportvereine um 100% erhöht. Das heisse von Fr. 336'000.-- auf Fr. 675'000.--, also eine Erhöhung um etwa Fr. 340'000.--. Im Zeitraum vom Jahr 2003 bis 2004 wurde der Beitrag um Fr. 20'000.-- erhöht. Die Erhöhung um 100% sollte aber schon einiges aussagen. Es gebe im Bericht noch weitere Zahlen unter anderem der Aufwandüberschuss von einzelnen Vereinen, welche fast um 150% zugenommen haben. Dies sei sicher der Grund, warum die IWS mit der Bitte an den Stadtrat gelangt sei, den Beitrag zu erhöhen.

Der Stadtrat habe dies geprüft und beantrage dem Gemeinderat nun die Erhöhung um Fr. 80'000.-- auf Fr. 180'000.--. Weil die Anzahl der Jugendlichen sowie die Ausgaben, welche die Vereine haben leisten müssen, um 50% zugenommen haben. Dies sei wohl der

Grund, warum die einen meinen, den Beitrag nur auf Fr. 150'000.-- zu erhöhen. Man müsse wissen, dass diese Zahl verfälscht sei. In diesem Zeitraum habe die Anzahl Vereine zugenommen, breche man das herunter und erhöhe den Beitrag um 50%, decke man nicht mal proportional den Anteil der Zunahme der einzelnen Vereine. Dies sei der Grund warum der Stadtrat sich auf den Betrag von Fr. 180'000.-- geeinigt habe. Es sei ein Kompromiss, bei welchem schlussendlich auch die IWS dahinter stehe.

Er lege dem Rat ans Herz, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen. Alles was man heute in die Jugend investiere, komme zurück.

**Rahel Sonderegger, EVP**, teilt mit, dass die EVP/EDU-Fraktion dafür sei, den Beitrag für die Jugendförderung zu erhöhen. Es sei klar, dass der Aufwand der einzelnen Vereine deutlich gestiegen sei und darum die Erhöhung auf Fr. 180'000.-- gerechtfertigt sei. Die Vereine leisten einen sehr wertvollen Beitrag zur Sozialisation und zur Integration der Kinder und Jugendlichen. Ebenfalls gehe es darum, die grosse Freiwilligenarbeit in diesen Vereinen zu honorieren und darum seien sie für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 22.

**Sandy Bossert, SVP**, sagt, dass sie für die Unterstützung der Jugend sei, möchte das Thema Mitgliederbeitragerhöhung aber ein wenig relativieren. Man meine, es sei etwas sehr Schlimmes. Sie sei Mitglied im Turnverein und zahle Fr. 120.-- im Jahr. Würde der Betrag um Fr. 10.-- erhöht werden, wären dies 1.5 Päckli Zigaretten. Dies wäre also sicher nicht der Grund, warum die Eltern ihre Kindern nicht mehr zum Sport schicken könnten.

#### **Abstimmung über Eintreten:**

Der Rat stimmt einstimmig für Eintreten zur Weisung 22 betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS).

#### **Detailberatung:**

**Adrian Stocker, SVP**, führt aus, dass die IWS eine sehr gut funktionierende Organisation sei, welche die Zusammenarbeit mit der Stadt Wädenswil und den Sportvereine gewährleiste. Sie haben in der Kommissionsarbeit gesehen, wie viel die IWS leiste und dies grösstenteils ehrenamtlich. Er möchte sich bei allen dafür bedanken und mitteilen, wie wichtig diese Arbeit sei, denn die Jugendlichen wie auch die Stadt Wädenswil profitiere davon.

In den letzten 30 Jahren, seit der Gründung der IWS, haben sich die Beiträge der Stadt massvoll auf Fr. 100'000.-- pro Jahr entwickelt. Mit der Weisung 22 soll der Beitrag von Fr. 100'000.-- auf Fr. 180'000.-- erhöht werden. Das empfinde die SVP als etwas viel. Ein grosser Teil der SVP-Fraktion sei der Meinung, dass eine massvolle Entwicklung des Beitrags angemessener wäre. Die Erhöhung der Mitglieder in den Vereinen habe in den letzten Jahren um 50% zugenommen, so wäre es angemessen, den Betrag um 50% also auf Fr. 150'000.-- zu erhöhen, so dass pro Jugendllicher der gleiche Betrag gesprochen werde.

Wenn aber die Ausgaben der Vereine aus anderen Gründen gestiegen seien, seien sie der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Stadt sei, dies auszugleichen. Die Vereine sollten selbstständig bleiben, da der ausserschulische Sport nicht Sache der Stadt sei. Sie haben in der Sachkommission die Mitgliederbeiträge studiert und festgestellt, dass diese in den letzten Jahren human oder gar nicht erhöht worden seien.

Zur Aussage von Rita Hug, dass Sport nur für wohlhabende Familien in Wädenswil zur Verfügung stehe, glaube er nicht. Würde man die Fr. 30'000.-- die man beim jährlichen Beitrag reduzieren würde durch die 1'600 Jugendliche teilen, ergebe dies nur noch Fr. 20.-- pro Kind und Jahr. Was wirklich verkraftbar sei.

Weiter sei ihnen auch wichtig, dass Vereine, welche eine enorme Arbeit leisten, selbstständig bleiben und nicht angewiesen seien auf Beiträge der Stadt. Er selber habe in den letzten 10 Jahren als Präsident im Vorstand der Landjugend gearbeitet und den Jugendclub geführt. Sie seien auch ohne städtische Beiträge über die Runden gekommen und obwohl es manchmal schwierig gewesen sei, habe es schlussendlich Spass gemacht.

Aus all diesen Gründen stelle er den Antrag auf Abänderung, den jährlichen Jugendförderbeitrag an die IWS auf Fr. 150'000.-- pro Jahr festzusetzen.

#### **Gegenüberstellung der zwei Anträge:**

Der Rat stimmt mehrheitlich dem Antrag der Sachkommission den Jugendförderbeitrag auf Fr. 180'000.-- zu erhöhen zu.

#### **Schlussabstimmung:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Weisung 22 betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS) zu.

34.03/35.06.30

#### **6. Interpellation von Kuno Spirig, BDP und der SVP/BFPW-Fraktion, vom 4. Juli 2012, betreffend saubere Chilbi; Begründung**

**Kuno Spirig, BDP**, teilt mit, dass bekannterweise das Trennen von Abfällen und das Zuführen derselben ins Recycling ein wichtiges Mittel sei, um die Abfallberge umweltfreundlich zu reduzieren und um Wertstoffe zu erhalten oder zu gewinnen. An Volksfesten, wie beispielsweise an der Chilbi, seien rund 70% vom entsorgten Material Wertstoffe: Papier, Karton, Glas, Aluminium und PET. Wädenswil habe bereits mehrere Projekte durchgeführt, um das Littering zu reduzieren, unter anderem mit dem Projekt Sauberei – wegrühre aber richtig. Aber ausgerechnet das beliebteste Volksfest, die Chilbi, wurde scheinbar vergessen.

Wie sei die Chilbi 2012 im Betracht zum Abfall vonstattengegangen? Es habe keine Abfalltrennstationen gegeben und durch die fehlende Trennung habe man Wertstoffe wie Glas, Alu, PET und Karton vernichtet. Alles wurde zusammen in einen Behälter einer privaten Firma geworfen. Und diese führen den Abfall – er habe bei dieser Firma extra nachgefragt –

in die Kehrichtverbrennungsanlage Horgen (KVA). Weiter sei ihm mitgeteilt worden, dass öffentliche Abfallbehälter rund um die Chilbi zu wenig gelehrt und übergequollen seien. Entsprechend höher seien also auch die Kosten für diverse Putzaktionen während und nach der Chilbi. Darum möchten sie den Stadtrat bitten folgende Fragen zu beantworten:

- Wie haben sich die Erfahrungen mit der Abfallbewirtschaftung an der Chilbi in den letzten fünf Jahren entwickelt? (Abfallmenge, Abfallarten, Kosten für Entsorgung und Putzaktionen, Mitwirkung von Schaustellenden und Besuchenden)?
- Welche Massnahmen habe der Stadtrat geplant, um die Abfallbewirtschaftung an der Chilbi zu verbessern?
- Wie werde die Chilbiorganisation, Schausteller und Besuchende miteinbezogen?
- Sei der Stadtrat bereit, die Anzahl und Platzierung der Abfallstationen zu überprüfen?
- Abfallstationen mit unterschiedlichen Funktionen aufzustellen, wie z.B. Alu, PET, Glas, organische Abfälle, Restmüll?
- Sei der Stadtrat bereit, die Chilbibesuchenden in geeigneter Form zu informieren und zu sensibilisieren, Abfälle geordnet und umweltgerecht zu entsorgen?
- Sei er bereit, den Abfallstationen spezielles Betreuungspersonal zuzuordnen, zum Beispiel analog zu "Wädi rollt" ein "Chilbi bleibt sauber" anzudenken?
- Wie wolle der Stadtrat die Chilbi als Informationsplattform betreffend Littering nutzen?

#### **Die Interpellation betreffend saubere Chilbi geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

16.12

#### **7. Interpellation von Beatrice Gmür, SP, vom 28. März 2012, überwiesen am 4. Juni 2012, betreffend Glasfasernetz; Beantwortung**

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, führt aus, dass das Leben von elektronischem Datenfluss beherrscht werde, unterwegs, zu Hause oder im Büro. Die Nutzung von Glasfasernetzen sei darum ein hochaktuelles Thema. Nicht nur im Dorf von Wädenswil, sondern auch im Berg. Er habe neben der Interpellation auch eine Petition entgegennehmen dürfen.

Nach diesen Vorstössen haben sie verschiedene Abklärungen getroffen und viele Gespräche mit der Swisscom, der Cablecom und der EKZ geführt, die technisch wie auch politisch sehr interessant gewesen seien. Die Gespräche haben sich um das Glasfasernetz und den Ausbau des Datennetzes via Antennen sowie um Themen wie WLAN rund um den Bahnhof gedreht. Folgende Erkenntnisse möchte er zum schriftlichen Bericht ergänzen:

Die ganze Thematik sei einem rasanten Wandel unterworfen. Die Technik ändere sich und mit der wachsenden Nachfrage ändere sich das Angebot – auch ohne Stadt, denn es gebe ein Markt. Es gebe Marktsituationen mit Konkurrenten speziell Swisscom und Cablecom. Beide treiben ihren Netzausbau voran, mit unterschiedlichen Stärken. Die besondere Problematik dabei sei, dass sie natürlich in dicht besiedelten Gebieten zuerst etwas machen, da es sich dort mehr rentiere, während weniger besiedeltes Gebiet wie der Wädenswiler Berg nicht rentabel sei.

Hier stelle sich nun die Frage, ob die Stadt eingreifen solle? Heute habe man einen guten Anteil von Breitbandabdeckung, aber leider nicht in allen Ecken des Gemeindegebiets. Ob

die Stadt eingreifen soll, sei eine ordnungspolitische Frage und zwar eine ganz grundsätzliche. Der Zugang zum Breitbandnetz mit schnellem Internet, sei keine staatlich garantierte Leistung. Die Grundversorgung sei bundesgesetzlich definiert, liege aber viel tiefer. Man könne also nicht behaupten, weil man Steuern bezahle, habe man das Recht auf einen schnellen Internetzugang.

Der Stadtrat sei der Ansicht, dass es grundsätzlich Aufgabe der Telekom-Anbieter sei, die technische Infrastruktur in Gang zu bringen. Wenn man jetzt noch erwägen würde, trotzdem aktiv zu werden, so brauche man eine gute Lösung. Sie haben verschiedene Möglichkeiten geprüft und bisher keine gute gefunden, die Wädenswil nicht finanziell überfordere.

Nun etwas Technisches:

In aller Munde sei das flächendeckende Glasfasernetz bis in jedes einzelne Haus, auch "Fiber to the home" genannt. In grösseren Städten werde bereits darüber diskutiert und nächstens darüber abgestimmt, dies sei gut, aber auch sehr teuer. Gemäss Experten lohne sich das vor allem für Gemeinden, die ein eigenes Elektrizität-Werk haben, wegen den bereits vorhandenen Leitungen im Boden. Dies sei auch der grosse Unterschied von Wädenswil zu Zürich und Winterthur. Möchte man es nicht ganz so perfekt, könnte man den Ausbau bis in jede einzelne Quartierstrasse vorantreiben, genannt "Fiber to the street". Dies sei interessant, realistisch und eines der nächsten Ziele, die die Swisscom erreichen möchten.

Weiter habe sich der Stadtrat auch mit dem Mobilfunknetz beschäftigt. Auch hier gebe es immer wieder neue Entwicklungen und die neuste Generation sei bekannt als 4G oder LTE-Netz. Dies sei von der Swisscom angekündigt worden und sollte jetzt lanciert werden, zuerst in den grossen Städten, dann in den kleinen und bis 2015 in der ganzen Schweiz. Sie werden auch dieses Thema weiterhin mit Interesse verfolgen, damit Wädenswil von diesem Ausbau profitieren könnte. Allerdings, das wisse der Rat genau so gut wie er, bei Antennen gebe es auch immer zwei Meinungen. Im Zuge der Abklärungen in Gesprächen mit der Cablecom und der EKZ seien gewisse Chancen aufgetaucht. Sie haben allenfalls im Wädenswiler Berg Synergien lokalisiert und wollen im Laufe dieses Jahres die Liegenschaftsbesitzer anschreiben, um herauszufinden, wie gross das Marktpotential sei. Wenn sich eine Mehrheit von Haushalten für die Cablecom ausspreche, würde sich das lohnen und eine Umsetzung wäre realistisch. Für die Petitionäre sei für Ende November ein Infoabend geplant, an welchem sie auch diese Perspektive besprechen werden.

Dies sei die Auslegeordnung per heute, was er speziell betonen möchte. Denn der Wandel sei enorm, es gebe neue Techniken, neue Preise, neue Angebote und dank der Konkurrenz der Grossen auch einiges an Bewegung.

Das Thema Breitbandnetz sei auch an der Konferenz der Gemeindepräsidenten im Bezirk ein Thema, sie haben ein aufschlussreiches Referat gehört und sie werden dieses Thema in einer Arbeitsgruppe vertiefen. Sie wollen dieses Thema für den ganzen Bezirk analysieren und dann miteinander die Telekom-Anbieter zusammen ansprechen, um gemeinsam schneller zum Ziel zu kommen. Nach dem Motto: Gemeinsam ist man stärker.

Er sei selber Mitglied dieser Arbeitsgruppe, weil er der Ansicht sei, dass hier einiges zu machen sei. Man brauche eine gute Abdeckung, aber zu vernünftigen Preisen und mit der richtigen Lösung.

Die Interpellation sei für heute beantwortet, das Thema werde aber weiterhin aktuell bleiben.

**Beatrice Gmür, SP**, erklärt, dass die Abstimmung die Philipp Kutter erwähnt habe, in Zürich bereits am 23. September 2012 stattgefunden habe. 64.8% der Stimmberechtigten haben sich für die Fr. 400 Mio. teure Investition ins Glasfasernetz ausgesprochen. Nicht mal einen Monat später, habe man in der Zürichsee-Zeitung lesen können, dass die Swisscom der Stadt Adliswil ein flächendeckendes Glasfasernetz biete, ohne dass die Stadt Adliswil Geld in die Hand nehmen müsse. Der Stadtrat Adliswil habe intensive Verhandlungen mit der Swisscom geführt. Was mache Wädenswil? In der Beantwortung der Interpellation stehe, dass der Stadtrat die Entwicklung aufmerksam verfolge. Im Moment sehe es so aus, als würde er die Bürgerinnen und Bürger dabei beobachten, wie sie ihre Probleme selber lösen.

Natürlich sei ein zweistelliger Millionenbetrag ein grosser Brocken, wie der Stadtrat aber auf diese Höhe komme, entziehe sich ihrer Kenntnis. Momentan sei es so, dass die Cablecom und die Swisscom bauen. Wohne man in einer Strasse habe, man meistens das eine oder das andere. Was mache man aber, wenn man mit dem Service dieser Gesellschaft nicht zufrieden sei? Man könne sich mit anderen unzufriedenen Personen zusammenschliessen und bewirken, dass die andere Gesellschaft den Boden aufreisse und Glasfasern verlege, oder man könne in ein neues Quartier ziehen. Beides stelle keine befriedigende Lösung dar.

“State of the art“ wirke darauf hin, dass die Telekom-Gesellschaften mehrere Fasern verlegen, die überzähligen vermieten und so dafür sorgen, dass die Leute in den Quartieren eine Wahlmöglichkeit haben. Es sei aber richtig, dass dies nicht zur Grundversorgung der Stadt Wädenswil gehöre. Aber was Grundversorgung sei, sei einem Wandel unterworfen, was man auch bei den subventionierten Krippenplätzen gesehen habe. Da habe man auch lange das Gefühl gehabt, es gehöre nicht zu der Grundversorgung, bis man dazu gezwungen worden sei. Es habe auch in diesem Bereich Gemeinden gegeben, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und vorher gehandelt haben, bevor es das Gesetz vorschrieb. Es wäre schön, wenn man dies im technischen Bereich so machen könnte.

Die Situation im Berg könne man mit den Wasserleitungen vergleichen. Heute sei es so, dass egal wo man in Wädenswil den Wasserhahn öffne, ob an der Seestrasse oder in der Langrüti, es komme immer gleich viel Wasser raus. Bei den Datenleitungen sei dies leider nicht der Fall. Während es im Dorf bei den meisten einigermaßen gut sprudle, tröpfle es im Berg nur. Die Stadt möchte aber dafür kein Geld in die Hand nehmen. Man habe aber kürzlich lesen können, dass die Stadtverwaltung ein neues Hochgeschwindigkeitsnetz baue, mit einer neuen Architektur. Und das seien doch auch Steuergelder?

Sie sei auch nicht dafür, dass es “Fiber to the home“ überall geben soll, dies sei sicher zu teuer. Aber nur schon mit “Fiber to the street“ käme man sehr weit und könne im Berg viel erreichen. Wenn die Stadt bereit wäre, etwas Geld in die Hand zu nehmen, könnte sie nicht nur zuschauen, sondern auch mitbestimmen.



**Peter Schuppli, FDP**, stellt den **Antrag auf Diskussion**:

**Abstimmung über den Antrag auf Diskussion:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Diskussion zu.

**Peter Schuppli, FDP**, sagt, dass von der Gemeinderätin Gmür angesprochene Thema sei aktuell und gleichzeitig auch spannend. Denn für eine Stadt, welche sich als Bildungsstadt bezeichne und sich auch so in einer breiten Öffentlichkeit positionieren wolle, sei es wichtig und entscheidend, über fortschrittliche Infrastruktur zu verfügen, und das unabhängig davon, wer die erstellt. Wer den Ruf von einer Bildungsstadt geniessen wolle, solle zumindest auch up-to-date oder führend sein auf dem Gebiet des Glasfasernetzes.

Allerdings dürfe die Stadt nach ihrer Überzeugung nur die Impulsgeberin und Initiatorin sein, nicht aber selber als Investor in Erscheinung treten. Es würde der Stadt und ihrem Image gut anstehen, wenn man visionär voran gehen würde und Investoren wie zum Beispiel Swisscom oder Cablecom animieren würde, zu investieren.

Sie erwarten vom Stadtrat, dass er Abklärungen treffe, wo es sich lohne, potentielle Benutzer WLAN anzubieten. So könne er beispielsweise aktiv auf die SBB zugehen und das Thema Glasfasernetz und WLAN im öffentlichen Bereich diskutieren.

Positiv zu erwähnen sei, dass bei den Grabungsarbeiten im Bereich Rotweg – Fuhrstrasse die Gelegenheit genutzt worden sei, Leerrohre zu legen. Das gebe der Oberstufenschule Gelegenheit, bei einem Entscheid für Glasfasern, welcher wahrscheinlich einmal komme, spätestens beim Neubau des Rotwegs nur noch Glasfaserkabel einzuziehen. Das würde dann eine Vernetzung sämtlicher Oberstufenschulhäuser miteinander ermöglichen. Wünschenswert sei, wenn die Stadtentwicklungskommission das Thema Kommunikation aufgreifen würde, vertieft diskutieren und dem Stadtrat ihre Empfehlungen abgeben würde.

**Die Interpellation betreffend Glasfasernetz gilt als erledigt und wird abgeschrieben.**

10.03.50

**8. Postulat von Adrian Stucki, GP, und Jonas Erni, SP, vom 3. September 2012, betreffend Werke-Einzelkonto "Beitrag an die politische Gemeinde" (Konto 3630.00); Begründung**

**Adrian Stucki, GP**, teilt mit, dass Jonas Erni und er bei der Arbeit in der GRPK festgestellt haben, dass jährlich ein Betrag zwischen Fr. 200'000.-- und Fr. 300'000.-- aus dem Gewinnanteil aus dem Gaswerk – also Gebühren – dem steuerfinanzierten Bereich zugeschrieben werden. Gebühren finanzieren die Steuern, das heisse, Gasbezüger finanzieren eigentlich alle diejenigen die Öl oder erneuerbare Energien beziehen. Wenn also durch die Abteilung Werke oder Planen und Bauen, er sei sich nicht ganz sicher, schöne Blumen gepflanzt werden, werde das mit Gebühren aus dem Gas finanziert. Er habe nichts dagegen, da es

schlussendlich etwas CO<sub>2</sub> binde, aber wenn dann mit diesem Geld zum Beispiel Laubbläser angeschafft werden, habe er ein Problem.

Sie möchten mit diesem Postulat nicht, dass der Betrag nicht mehr überwiesen werde, sondern, dass der jährliche Betrag für erneuerbare Energien eingesetzt werde – also ein gebundener Betrag. Es koste nichts, also sei es eine win-win-Situation. Wie alle wissen, habe man für das Jahr 2018 das Ziel Energiestadt Gold, also auch dort entstehe eine win-win-Situation, man habe Geld, welches man für so etwas einsetzen könnte, dann müsste man andere Gelder gar nicht sprechen.

Darum laden Jonas Erni und er den Stadtrat ein zu prüfen, wie der Betrag zur Förderung von erneuerbarer Energie eingesetzt werden könnte.

**Stadtrat Werke, Ernst Brupbacher**, nimmt es gleich vorweg, der Stadtrat sei nicht bereit das Postulat entgegenzunehmen. Er wolle kein neues "Kässeli" respektive Konto "Förderung erneuerbarer Energien" installieren.

Der Prozess zur Förderung erneuerbarer Energien laufe in der Energiestadt Wädenswil über die Energiekommission, welche entsprechende Projekte zu diesem Thema ausarbeite und entsprechende Anträge an den Stadtrat stelle. Je nach Höhe der Investition auch als Weisung an den Gemeinderat. Da fallen die Entscheide, je nach Finanzkompetenz, auch für erneuerbare Energie-Erzeugungsprojekte. Die Energie-Projekte bekommen einen entsprechenden Kredit und es erfolge eine nachvollziehbare Projekt-Abrechnung. Oder habe jemand Lust noch eine Verordnung oder ein Reglement zur Förderung von erneuerbarer Energien zu einem gerechten Einsatz der Fördergelder zu verfassen? Dazu noch mit den entsprechender Vollzugsverordnung.

Man solle doch den normalen Weg über die Energiekommission gehen. Wenn der budgetierte Betrag auf dem Werke-Einzelkonto 510-3630 in der heutigen Funktion nicht passe, müsse man ihn an der Budgetsitzung erhöhen, belassen, kürzen oder streichen.

#### **Die Diskussion ist eröffnet:**

**Berti Stocker, EDU**, sagt, dass die EVP/EDU-Fraktion der Meinung sei, dass kein neues Konto erstellt und gefüttert werden soll und auch keine gebundene Ausgabe zu sprechen sei und sei somit für die Beibehaltung des heutigen Systems.

Es sei positiv, wenn ein Betriebszweig gute Zahlen schreibe und diese der Eigentümerin als Gewinnanteil zurückgebe. Einerseits sei es als Abgeltung für die Gewährleistung von Durchleitungsrechten auf öffentlichen Grundstücken zu sehen, andererseits sei die Stadt auch verpflichtet allfällige Risiken zu tragen, was allerdings nicht zu hoffen sei und im Moment auch kein Thema sei.

Somit sei die EVP/EDU-Fraktion für Nichtüberweisung des Postulats.

### **Schlussabstimmung:**

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats von Adrian Stucki, GP, und Jonas Erni, SP, vom 3. September 2012, betreffend Werke-Einzelkonto "Beitrag an die politische Gemeinde" (Konto 3630.00) mehrheitlich ab.

04.08.10

### **9. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 19. September 2012, betreffend weiteres Vorgehen bei der Zentrumsplanung (Gerbestrasse und Umgebung sowie Poststrasse und Umgebung); Begründung**

**Beat Wiederkehr, CVP**, führt aus, dass der Stadtrat vor zwei Monaten erklärt habe, das Postulat zur Sicherung der Ergebnisse aus der Zentrumsplanung nicht entgegenzunehmen. Für die Ablehnung mache er formelle Gründe geltend. Für die CVP-Fraktion sei damit das Thema nicht abgeschlossen. Was gut angefangen habe und sehr viel Geld gekostet habe, müsse jetzt konsequent weiterverfolgt und erfolgreich umgesetzt werden.

Für sie sei klar: Wenn jetzt planungsrechtlich nichts unternommen werde, sei alle Mühe für die Katz und es drohe ein Scherbenhaufen. Man müsse die gewonnenen Erkenntnisse sichern. Das müsse sicher im Gespräch mit den Grundeigentümern geschehen. Doch nicht nur, die Stadt müsse das Heft in die Hand nehmen und Einfluss geltend machen. Die CVP-Fraktion habe sich deshalb überlegt, eine Motion einzureichen, in welcher der Stadtrat verpflichtet werde, eine Planungszone für das Stadtzentrum zu errichten. Solch ein Anliegen sei aber nicht motionsfähig, weil eine solche Massnahme nicht dem Gemeinderat vorgelegt werden muss. Mit dem Mittel einer Interpellation verbinden sie trotzdem die konkrete Anfrage, genau eine solche Massnahme ernsthaft zu prüfen. Weiter interessiere sie ganz allgemein, ob der Stadtrat hinter den Zielsetzungen des Beurteilungsgremiums stehe und welche konkreten Schritte er weiter plane beispielsweise bei der Gestaltung beim Coop oder beim Übergang zur Gerbestrasse.

Die CVP-Fraktion bedanke sich beim Stadtrat für die vertiefte Auseinandersetzung und Beantwortung der Fragen.

**Die Interpellation betreffend weiteres Vorgehen bei der Zentrumsplanung (Gerbestrasse und Umgebung sowie Poststrasse und Umgebung) geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

04.05.00

### **10. Interpellation von Peter Schuppli und Astrid Furrer, FDP, Ivo Peyer, BFPW sowie Ivano Coduri und Erich Schärer, SVP, vom 22. Juni 2012, überwiesen am 9. Juli 2012, betreffend wie weiter nach Annahme der Kulturlandinitiative?; Beantwortung**

Stadtpräsident Philipp Kutter benötigt für seine Ausführungen den Hellraumprojektor. Dies wurde vor der Sitzung vom Präsidium des GR genehmigt.

**Stadtpräsident Philipp Kutter** führt aus, dass die Interpellation frage, wie es nach der Kulturlandinitiative weiter gehe? Dies sei eine absolut verständliche Frage. Auch im Stadtrat, in der Regionalplanung sowie im Kantonsrat werde die Frage immer wieder diskutiert. Und die Antwort vom Stand heute sei: Man wisse es nicht.

Es handle sich um eine Volksinitiative in Form einer allgemeinen Anregung. Der Regierungsrat muss eine Umsetzungsvorlage erarbeiten, die dann vom Kantonsrat genehmigt werden muss. Vielleicht gebe es sogar nochmals eine Volksabstimmung, was aus seiner Sicht sehr wahrscheinlich sei. Zwei bis drei Jahre werde es dauern, bis man Klarheit habe.

Eine Wirkung per sofort habe die Kulturlandinitiative aber schon. Sie habe faktisch zu einem raumplanerischen Stillstand geführt. Baudirektor Kägi habe im Juli den Gemeinden mitgeteilt, dass keine Baugesuche mehr behandelt werden, die evtl. von der Kulturlandinitiative betroffen seien. Was heisse dies für das Gebiet Neubüel: Man wisse nicht ob man im Neubüel das Siedlungsgebiet erweitern könne, wie man es in der Räumlichen Entwicklungsstrategie vorgesehen habe und wie es im Richtplan-Entwurf stehe.

\*\*\* Philipp Kutter zeigt das Gelände auf einer Folie\*\*\*\*

Nebenbei bemerkt, dies wurde von der Regionalplanung und den umliegenden Gemeinden unterstützt, die erkannt haben, dass es wichtig sei, dass man im Zimmerberg eine gewisse Anzahl an Arbeitsplätze brauche und die Umgebung von der Autobahnausfahrt Wädenswil sei eine der letzten die man so entwickeln könne.

Die Interpellation frage auch, ob man nun bei der Räumlichen Entwicklungsstrategie komplett über die Bücher müsse? Nein, ein Element, die Siedlungserweiterung im Neubüel sei zwar davon betroffen, aber der grösste Teil der Aussagen haben weiterhin Bestand. Man wolle Wädenswil als Hochschulquartier für Bildung und Forschung etablieren. Man wolle prüfen ob man den Ortsteil Au stärken könne, wie man das Zentrum als Einkaufsort sichern könne. Alles Aussagen, die weiterhin Bestand haben in Rahmen dieser Strategie.

Die Absicht, im Neubüel zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, haben sie nicht ad acta gelegt. Wie man vor einigen Tagen habe mitteilen können, habe man noch einen weiteren Pfeil im Köcher. Man habe die Absicht, das Areal Rütihof hinter dem Lidl zu kaufen. Es sei dem Stadtrat gelungen, nach zahlreichen Gesprächen mit den Eigentümern, ein Kaufrecht zu vereinbaren, mit einem vernünftigen Preis. Der Stadtrat sei überzeugt und sie hätten den Eindruck, dass man durch das etwas für Wädenswil als Arbeitsort erreichen könne. Man könne damit an strategischer Lage ein Areal aktivieren und endlich Gewerbeland zur Verfügung stellen. Dies sei eine Möglichkeit, die man in den letzten 20 Jahren nicht hatte. Die Vorarbeiten laufen jetzt an, der Rat werde darüber zu entscheiden haben. Er freue sich, wenn er ebenfalls zu einer positiven Beurteilung kommt und den Pfeil abschiess.

Bei der Interpellation gehe es auch um das Thema Verdichtung. Der Stadtrat werde sich diesem Thema widmen und empfinde es auch als sinnvoll. Man spüre und sehe den Siedlungsdruck und auch der Flächenverbrauch pro Kopf steige an. Die Räumliche Entwicklungsstrategie habe aufgezeigt, dass es sinnvoll sei, das Thema quartierweise zu betrachten. Nicht jedes Gebiet sei für eine innere Verdichtung gleich gut geeignet. Verdichtung sei seit der Annahme der Kulturlandinitiative noch mehr ein Thema in allen Verwaltungen ge-

worden. Es sei ein Thema bei der Zentrumsplanung und bei jeder grösseren Überbauung. Die verschiedenen Work-Shops welche im Kanton Zürich stattfinden, seien sehr zahlreich.

Bei alledem müsse man sich aber bewusst sein: Alle seien dafür, solange die Verdichtung nicht vor der eigenen Haustüre stattfinde. Auch mit Verdichtung könne man nicht unendlich wachsen. Und da müsse man sich Gedanken zum Flächenverbrauch pro Kopf machen. In den letzten 20 Jahren wurde in Wädenswil viel gebaut. Die Bevölkerung habe nie im gleichen Umfang zugenommen.

Die Interpellation beinhalte auch Fragen zum Stoffel, darauf wolle man nicht nochmals eingehen, einfach unter dem Strich gesagt, sei aus Sicht des Stadtrats alles korrekt dargestellt gewesen, eine politische Würdigung wurde hier im Rat vorgenommen, der Gegenvorschlag vom Stadtrat sei angenommen und das Referendum nicht ergriffen worden. Der Stadtrat teile die Sorge rund um die Kulturlandinitiative, sei aber klar der Meinung, dass der Volksentscheid zu akzeptieren sei und sie werden ihre Anstrengungen danach ausrichten.

**Peter Schuppli, FDP**, sagt, dass die Interpellanten von der SVP, BFPW und FDP dem Stadtrat für die Beantwortung und Stadtpräsident Philipp Kutter für die ergänzenden Ausführungen danken. Sie hätten den Eindruck, der Stadtrat habe sich viel Mühe gegeben, um ihre Fragen, so gut wie zum heutigen Zeitpunkt möglich, zu beantworten. Allerdings müssen gewisse Antworten genauer durchleuchtet werden.

Wie sei zum Beispiel die Aussage vom Stadtrat, „von der Stadt erworbenes Land zu günstigen Konditionen abzugeben“, zu verstehen? Denke der Stadtrat da bereits an städtische Subventionierung? Wenn das der Fall sei, müssen sie den Aspekt schon genauer diskutieren. Unklar, was der Stadtrat im Hinterkopf habe, sei auch die Aussage, dass die Seestrasse in der Au aufgewertet werden müsse. Was heisse das konkret? Auch da warten sie auf präzisere Angaben. Und ein dritter Punkt sei, die Ausführung zum Thema verdichtetes Bauen. Seinerzeit seien die Gegner beim Thema Oberdorfstrasse Sturm gelaufen und haben die Umzonungspläne mit äusserst indiskutablen Argumenten und irreführenden Fotomontagen gebodigt. Sie fragen sich, ob seither in den Kreisen ein Umdenken stattgefunden hätte. Sie seien gespannt.

Ja zur Kulturinitiative, nein zu verdichtetem Bauen – irgendwie gehe die Überlegung nicht auf. Es sei denn, man teile die Meinung der ehemaligen Zürcher SP-Stadträtin Ursula Koch, welche seinerzeit den unsäglichen Spruch von sich gegeben habe: „Die Stadt ist gebaut.“ Sie hoffen nicht, dass in Wädenswil ein Koch-Fanclub angewachsen sei. Wachstum nicht überborden, sondern Wachstum in vernünftigen Rahmen, so müsse die Devise der Stadt lauten.

**Heinz Wiher, GP**, stellt den **Antrag auf Aussprache**.

**Abstimmung über Aussprache:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Diskussion zu.

**Heinz Wiher, GP**, führt aus, dass die Grünen nun verfolgen, was nach der Annahme dieser Initiative passiere – und das mit einem gewissen Stolz. Ihnen sei klar, dass dies ein Spannungsfeld gebe, aber sie freuen sich darauf Lösungen zu suchen. Dies als Gegensteuer gegen die grenzenlose Zersiedelung, die man in den letzten Jahren im Kanton Zürich gemacht habe. Auch die Stadt Wädenswil habe einen Beitrag geleistet und sie seien froh, dass Wädenswil auf diesem Wege von einer höheren Instanz gestoppt worden sei. Es sei korrekt, dass man nun warten müsse, bis man klar wissen, wie es weiter gehe. Aber überlegen, was man daraus mache, sei nicht verboten und möchte er dem Stadtrat nahe legen.

Man habe bei der Beantwortung der Interpellation gesehen, dass der Stadtrat bereits die ersten Überlegungen dazu gemacht habe. Ein Punkt der ihnen ganz wichtig sei, seien die Reservezonen in Wädenswil. Wädenswil habe im ganzen Kanton am meisten Reservezonen und die Kulturlandinitiative sage klipp und klar, dass Reservezonen mit Eignungsklasse 6 oder besser nicht mehr in Siedlungsgebiet umgezont werden dürfen. Das heisse, alle Reservezonen bleiben nun frei und hier erwarte er ein klares Statement vom Stadtrat – auch gegenüber den Besitzern dieser Reservezonen. Es gebe einige, die auf eine klare Stellungnahme warten.

Stadtpräsident Philipp Kutter habe ausgeführt, dass ein unendliches Wachstum nicht möglich sei. Sie denken ein Wachstum in Wädenswil sei weiterhin möglich, denn man habe noch viel Industriegebiet, welches umgenutzt werden könnte. Dafür biete man Hand, auch für eine massvolle Verdichtung im Zentrum. Über das könne man mit ihnen auch diskutieren, sie fühlen sich auch verantwortlich dafür und das haben sie bereits bei der Lancierung der Kulturlandinitiative und im Abstimmungskampf gesagt, dass die Grünen für eine massvolle Verdichtung eintreten. Sie freuen sich auf diese Diskussionen.

**Willy Rüegg, SP**, sagt, es stosse ihm sauer auf, dass in der Interpellation zum Teil polemische Spitzen habe, was man nicht einfach durchgehen lassen könne. Dies habe ihn bereits bei der Stoffel-Initiative geärgert, die man erfolglos habe bodigen wollen. Man unterstelle, dass die Kulturlandinitiative die Bodenpreisverteuerung anheize. Interessant sei, was man nicht dazu sage. Dies sei eine einfache, ja simple Betrachtungsweise. Sie unterstellen, dass man die Bodenteuerung bremsen könnte, wenn man jetzt wie wild Land einzonen würde.

Land lasse sich nicht herstellen, auch wenn eine Anfrage vorhanden sei. Land sei ein Umweltgut und ein knappes Gut und es funktioniere nicht, nach richtigen freien Marktmechanismen. Sehr wohl gebe es aber ein politisches Recht, welches man erwähnen könne. Wie viel Kulturland man schützen wolle und welche Grünflächen man freihalten könne. Wäge man die Faktoren ab, die zur Preissteigerung der Bodenpreise beitrage, könne man sagen, dass die Initiative sicher auch einen gewissen Einfluss habe. Viel fairer wäre es aber, wenn man alle Faktoren in die Waagschale werfen würde. Er könne hier auch etwas polemisch sagen, das sei Bodenspekulation, was er aber nicht mache. Es sage daher es sei ein Bevölkerungswachstum, vor allem der Wunsch der Leute auf immer grösseren Flächen zu wohnen. Da könne sich jeder an der eigenen Nase nehmen.

Nun müsse man auf einen richtigen Schluss und auf eine sachliche Ebene kommen und man müsse auch die Werte die man erwägen müsse festlegen. Sollen nur diese Personen

Boden konsumieren oder benützen die das nötige Geld dazu haben? Es bringe nichts, die Kulturlandinitiative schlecht zu reden, das Volk habe sie Gott sei Dank gut geheissen und es sei der richtige und der letzte Moment gewesen. Jetzt habe man eine kleine Pause um über die ernsthaften Inhalt zu diskutiere.

**Die Interpellation betreffend wie weiter nach Annahme der Kulturlandinitiative gilt als erledigt und wird abgeschrieben.**

10.05

**11. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 5. Oktober 2012, betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt; Begründung**

**Christian Zurfluh Fraefel, SVP**, sagte, in Wädenswil hätte man ein vielfältiges sportliches, kulturelles und sozialkulturelles Angebot, wobei vielfach Vereine und Organisationen federführend seien bei der Ausgestaltung und dem guten Gelingen von unzähligen Anlässen. Die Stadt komme immer wieder ins Spiel, wenn es um finanzielle Belange gehe. Aktuelle Beispiele kennen sie zur Genüge, sei es die IWS, der FC, die Stiftung grow, die Kulturgarage, usw. Dass das wichtig und richtig sei, darüber seien sich meistens alle einig. Wenn es dann aber zu Ausgestaltung und Umsetzung der Unterstützung gehe, fange die grosse Diskussion an.

Um diese Diskussion möglichst sachlich halten zu können und im Sinne von Effizienzförderung sowie Zeit- und Kosteneinsparung seitens der involvierten Personen brauche es ein Grundlagenpapier. Dieses Grundlagenpapier sei idealerweise das Resultat des Konzepts, mittels welchem die Stadt die Entscheide über die Ausgestaltung der jeweiligen Unterstützung ausgearbeitet hätte. Sie möchten nun dieses Konzept kennenlernen und verstehen – seien es die quantitativen Kriterien, die Bewertungen dazu, usw. – und bei allfälligem Bedarf würden sie sich selbstverständlich erlauben, Verbesserungsvorschläge auf dem offiziellen Weg einzubringen.

**Die Interpellation betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

06.03.01

## 12. Einbürgerungen:

**BERISHA Bajram**, geb. 27. Oktober 1986 in Gjilan (Kosovo), kosovarischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau **Arbenita, geb. Jahiji**, geb. 13. Juli 1988 in Kumanovo (Mazedonien), mazedonische Staatsangehörige, und ihre Tochter **Medina**, geb. 25. Februar 2011 in Kumanovo (Mazedonien), kosovarische und mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Seestrasse 157a

|                         |               |
|-------------------------|---------------|
| Einbürgerungsgebühr     | Fr. 1'500     |
| Referent im Gemeinderat | Erich Schärer |

**BLOM Louis Barend**, geb. 10. Mai 1971 in Durban (Südafrika), mit seiner Ehefrau **Eunica Ronelle VENTER**, geb. 15. April 1974 in Vanderbijlpark (Südafrika) und die Kinder **Nicola Ronelle BLOM**, geb. 23. März 2001 in Zürich ZH und **Lucas Louis BLOM**, geb. 7. Juli 2005 in Zürich ZH, südafrikanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Untere Leihofstrasse 16

|                         |           |
|-------------------------|-----------|
| Einbürgerungsgebühr     | Fr. 1'500 |
| Referent im Gemeinderat | Ivo Peyer |

**KATTAN geb. Kattan, Randa**, geb. 23. Oktober 1961 in Amman (Jordanien), geschieden, jordanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Holzmoosrütistrasse 46a

|                         |                 |
|-------------------------|-----------------|
| Einbürgerungsgebühr     | Fr. 1'500       |
| Referent im Gemeinderat | Hansjörg Schmid |

**KEKA Sabile**, geb. 20. September 1980 in Karaçevë e Poshtme (Kosovo), ledig, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, General-Werdmüller-Strasse 10

|                         |             |
|-------------------------|-------------|
| Einbürgerungsgebühr     | Fr. 1'500   |
| Referent im Gemeinderat | Marc Lütolf |

**PÉREZ PÉREZ Antonio**, geb. 23. September 1973 in Pforzheim (Deutschland), ledig, spanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Obere Leihofstrasse 26

|                         |             |
|-------------------------|-------------|
| Einbürgerungsgebühr     | Fr. 1'500   |
| Referent im Gemeinderat | Marc Lütolf |



**AHMETI Izet**, geb. 20. Januar 1970 in Likoshan (Kosovo), mit seiner Ehefrau **Kymete, geb. Morina**, geb. 1. September 1976 in Çikatovë e Vjetër (Kosovo), und den Kindern **Argetë**, geb. 8. Januar 1998 in Kilchberg ZH, **Arxhira**, geb. 19 April 1999 in Kilchberg ZH, und **Don-art**, geb. 28. August 2004 in Kilchberg ZH, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Walther-Hauser-Strasse 12

Einbürgerungsgebühr  
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500  
Ivo Peyer

**SCHEIB Stefan Georg**, geb. 16. Juni 1962 in Karlsruhe (Deutschland), mit seiner Ehefrau **Iris Margareta, geb. Radau**, geb. 27. Mai 1961 in Karlsruhe (Deutschland), und der Tochter **Mirjam**, geb. 10. Juni 1995 in Stühlingen (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Gulmenstrasse 7

Einbürgerungsgebühr  
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500  
Hansjörg Schmid

\*\*\*

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann keine Einwände erhoben**

\*\*\*

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv./mim